

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadtrat Eduardo Mossuto (FW) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom: 19.07.2011 eingegangen: 19.07.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	27. Plenarsitzung Gemeinderat 20.09.2011 833 14 b öffentlich Dez. 4
Bürgerhaushalt - Bürgerbeteiligung		

A. Nachdem der Zeitgeist in der baden-württembergische Landeshauptstadt für mehr Bürgernähe gereift ist, stellt sich die Frage: Inwieweit sind wir in Karlsruhe (ist die Stadtverwaltung) bereit, einen "Bürgerhaushalt" nach einem ähnlichen Modell wie von Stuttgart zu etablieren?

Aufgrund der bereits bestehenden Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des städtischen Haushalts sowie den aktuellen Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der Fortschreibung des Karlsruher Masterplanes zu einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020 wird die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes derzeit nicht weiter verfolgt.

Die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger können sich in vielfältiger Weise an der Entstehung des Karlsruher Haushalts beteiligen. So werden stets alle Anregungen und Wünsche, die direkt bei der Stadtverwaltung eingehen, im gemeinderätlichen Beratungsverfahren dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Auch haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Anliegen über die gewählten Stadträtinnen und Stadträte direkt in das gemeinderätliche Beratungsverfahren einzubringen. Hiervon wird reger Gebrauch gemacht.

B. Es gab in Karlsruhe bereits mehrere Anläufe zum Thema Bürgerhaushalt, leider ohne Erfolg. Warum scheiterten die bisherigen Anläufe der Stadtverwaltung? Welches waren die Ursachen?

Die Erfahrungen aus vergleichbaren Großstädten, die bereits ein entsprechendes Bürgerbeteiligungsverfahren in den vergangenen Jahren durchgeführt haben, zeigen, dass trotz des engagierten Bemühens der Ratsmitglieder und der Verwaltung nur eine geringe Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern von dem Angebot Gebrauch gemacht haben. Dabei hat es sich auch gezeigt, dass der überwiegende Anteil der Vorschläge aus wirtschaftlichen, rechtlichen oder sachlichen Gründen nicht umsetzbar war. Auch war teilweise zu beobachten, dass einzelne gesellschaftliche Gruppen ihre Einflussnahme organisiert haben, was letztlich nicht einem repräsentativen Bürgerwillen entspricht.

Die Stadt Karlsruhe bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern stets eine umfangreiche Plattform der Mitwirkung. Dies ist und war bei den einzelnen Stadtteilentwicklungsprojekten wie bspw. SSP Rintheim der Fall. Derzeit sind zudem alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, an der Fortschreibung des Karlsruher Masterplanes zu einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020 teilzunehmen. Die Auftaktveranstaltung dieses Fortschreibungsprozesses fand unter reger Teilnahme am 06.07.2011 statt. Dabei wird von allen Beteiligten ein reger Austausch über konkrete zukunftsorientierte Projekte eingefordert.

Aus Sicht der Verwaltung ist eine konkrete Beteiligung in „Projekten“ seitens der Bürgerinnen und Bürger zielorientierter anzusehen als die Beteiligung an kleinteiligen Haushaltspositionen.

C. Welche Voraussetzungen müssen nach der Meinung der Stadtverwaltung geschaffen werden, um ein solches Instrument in Karlsruhe zum Erfolg zu führen?

entfällt (siehe Beantwortung zu A und B)